

Redebeitrag zur Kundgebung „Gemeinsam gegen Rechts – konsequent antifaschistisch!“ am 14.09.2024 in Aschaffenburg

Manuel Hoffmann, Kreisvorsitzender GEW Aschaffenburg-Miltenberg

Liebe Mitmenschen,

schön, dass ihr heute hier seid und den rechten, rassistischen und menschenfeindlichen Gruppen und deren Gefolgschaft nicht un widersprochen die Straße überlasst.

Als Vertreter der Bildungsgewerkschaft GEW bin ich besonders besorgt darüber, mit welchem Erfolg rechte Akteur*innen Einfluss auf den Bildungssektor gewinnen und wie wenig dagegen getan wird.

Die AfD und die Rechte allgemein verfolgt einen Angriff auf das Bildungssystem auf mindestens zwei Ebenen:

Erstens durch Einschüchterung und Delegitimierung

Schon seit Jahren beobachten wir ein perfides Vorgehen mit System, das vor allem auf Einschüchterung abzielt.

Bereits 2017 gab es erste Meldeportale der AfD, auf denen kritische Lehrkräfte denunziert und bloßgestellt wurden.¹ Seither haben Hass und Hetze gegen Beschäftigte im Bildungsbereich insbesondere auf Social-Media stark zugenommen.

Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie dort arbeitende Kolleg*innen werden zunehmend durch Angriffe von Rechts bedroht. Unter dem Hinweis auf sog. „Genderideologie“ und „Linksextremismus“ wird versucht die Förderung der Einrichtungen in Frage zu stellen und ihnen ihre Berechtigung abzuspochen.²

Im Schulbereich kommt es immer wieder zu Beschwerden über Lehrkräfte, die angeblich ihre Neutralitätspflicht verletzt hätten. Die Anschuldigungen sind in der Regel vollkommen haltlos. Trotzdem wurde den Hinweisen seitens der Schulaufsicht in der Vergangenheit teils in unangemessener Art und Weise nachgegangen. Betroffene Kolleg*innen mussten sich erklären und Stellungnahmen abgeben. So wird Druck ausgeübt und im Kollegium Verunsicherung darüber geschürt, was überhaupt noch im Unterricht gesagt und behandelt werden darf. Das Ergebnis ist zweifelsohne oft Selbstzensur.

Ein zweiter Angriffspunkt auf das Bildungssystem ist der Versuch Einfluss auf institutioneller Ebene zu gewinnen und damit z.B. über Inhalte in Lehrplänen mitzuentcheiden.

Wie sehr die Institutionen schon jetzt von rechten Kräften vereinnahmt sind, zeigt sich u.a. am Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags. Dieser tagte schon in der letzten Legislatur unter dem Vorsitz der AfD.

Und wer sitzt heute im Bildungsausschuss? Ramona Storm - eine AfD-Abgeordnete, die ganz bewusst die Nähe zu äußerst rechten Akteur*innen sucht.

¹ Vgl.: <https://www.gew.de/die-meldeportale-der-afd>

² Vgl.: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Offene-Jugendarbeit-im-Visier-rechter-Bedrohung,jugendeinrichtungen100.html>

Nach einem Treffen mit dem rechtsradikalen Aktivistin Martin Sellner im Juli schrieb sie über diesen: „Das ist ein feiner Mensch mit Charakter und ich bin stolz ihn zu kennen.“³ Zuvor machte sie u.a. mit der, später relativierten, Aussage von sich reden, sie könne nicht abschließend beantworten, ob die Erde eine Scheibe sei.⁴

Damit hat man bei der AfD wohl seine Eignung für den Bildungsausschuss unter Beweis gestellt und kann dort eine extrem gefährliche Mischung aus Dummheit, Verschwörungsglauben und rechter Ideologie einbringen.

Langfristiges Ziel dürfte u.a. sein, die vom Geschichtsrevisionisten Höcke schon 2017 geforderte „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“⁵ zu vollziehen.

Immer wieder wird gefordert, Schule müsse jetzt – mehr denn je – einen Beitrag zur Demokratiebildung leisten.

Das ist sicher richtig, aber auch nur in engen Grenzen umsetzbar. Solange sich Demokratiebildung auf Wissensvermittlung beschränkt, aber kaum gelebte Mitbestimmung stattfindet.

Man sollte sich nämlich nicht der Illusion hingeben, dass Schule per se ein besonders demokratischer Ort sei. Viel zu oft zeigt das System Schule genau das Gegenteil und offenbart seine Ursprünge als obrigkeitstaatliches Organ.

Auch die jetzt eingeführte Verfassungsviertelstunde an bayerischen Schulen wird daran wenig ändern.

Ein Diversität-verneinendes „Genderverbot“ und ein „bayerisches Bundeswehrgesetz“, das auf die Militarisierung der Bildung abzielt, sind hingegen ein Schlag ins Gesicht jedes fortschrittlich denkenden Menschen und stellen einen Kniefall vor rechts-konservativen Kräften dar.

In der Vergangenheit wurde der Bildungsbereich, genauso vernachlässigt wie das Sozial- und Gesundheitswesen. Jetzt stehen wir in diesen Bereichen vor einem riesigen Scherbenhaufen, der der neoliberalen Politik der zurückliegenden Jahrzehnte geschuldet ist.

Deshalb fordern wir:

- Die Unterfinanzierung des Bildungssektors muss endlich enden.
- Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden, um dem massiven Personalmangel Herr zu werden und die ständig wachsenden Anforderungen bewältigen zu können.
- Dringend benötigte Reformen müssen angestoßen werden, um Bildung endlich gerechter und demokratischer zu machen.
- Kürzlich beschlossene Sparmaßnahmen bei Bildungs- und Integrationsprojekten müssen umgehend zurückgenommen werden.

Weder im Bildungssektor noch in anderen Politikfeldern haben die bürgerlichen Parteien der sog. Mitte der AfD ernsthaft etwas entgegensetzen.

Sie lassen sich treiben, übernehmen rechten Populismus, schüren Ängste und versuchen – wie vor den letzten Landtagswahlen gut zu beobachten – alles dafür zu tun, um ihren potenziellen Wähler*innen zu beweisen, dass sie AfD-Politik auch in rot, grün, gelb oder schwarz bekommen können.

³ Zitiert nach: <https://rheinmain-rechtsaussen.org/glossar/storm-ramona/>

⁴ Vgl.: <https://www.main-echo.de/region/kreis-miltenberg/ramona-storm-will-fuer-die-afd-in-den-landtag-art-8014468>

⁵ Zitiert nach: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html>

Wer einen „gesunden Mittelweg“ aus Faschismus und Menschenrecht sucht, dem sei gesagt: Den gibt es nicht!

Schlagworte wie „wehrhafte Demokratie“ und „starker Staat“, sowie das Nachdenken über einen neuen Radikalenerlass und Berufsverbote werden als Mittel eines vermeintlichen Kampfes gegen Rechts oder den Islamismus ins Felde geführt. Das diese genauso gegen progressive Kräfte eingesetzt werden, schon jetzt, aber spätestens, wenn Faschisten Zugriff darauf haben, wissen wir aus der Vergangenheit.

Auf den Staat und die aktuell herrschende Politik können wir uns im Kampf gegen den Faschismus und für ein gutes Leben für alle nicht verlassen.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir selbst weiter wach bleiben; dass wir uns unsere Menschlichkeit bewahren; dass wir für unsere Überzeugungen aktiv eintreten – gemeinsam, solidarisch, konsequent antifaschistisch!